Heute ist die Vorstellung (fast) allgegenwärtig, »die Gesellschaft« müsse sparen und könne sich deshalb vieles nicht »leisten«. So werden Kürzungen bei Sozialleistungen und Einsparungen bei öffentlichen Ausgaben verteidigt. Die Kritik daran greift hauptsächlich die Ungerechtigkeit in der Steuerpolitik und die »Umverteilung von unten nach oben« an. Viel zu wenig bekannt ist, wie materielle und finanzielle Ressourcen in riesigem Umfang verschwendet werden.

Sparzwang und Verschwendung

Was »wir« uns wirklich sparen können

Eine erste Variante der Verschwendung betrifft Produkte, die schon ganz immanent gesehen schlicht überflüssig sind. Im einschlägigen Standardwerk *Bittere Pillen* (1999) werden 17,5% der Arzneimittel auf dem deutschen Markt als »wenig zweckmäßig« und 13,6% als »abzuraten« eingestuft. Laut »Stiftung Warentest« ist ein Viertel der häufig verschriebenen Arzneimittel ungeeignet. Auch von den »im Laufe der Jahre für Raumfahrtprojekte aufgewandten Kosten« seien die indirekten und direkten produktiven Effekte »gesamtwirtschaftlich nicht sehr bedeutend«, so das Ergebnis eines für die Koordination für Luft- und Raumfahrt der Bonner Ministerien erstellten Gutachtens.

Eine zweite Variante der Verschwendung besteht in der künstlichen Verkürzung der Lebensdauer von Gebrauchsgütern durch eingebauten vorzeitigen Verschleiß. D. Dante (*Fünf Stunden sind genug,* 1993) zufolge »kann heute die Lebenserwartung aller Gebrauchsgüter ohne Weiteres um das Sieben- bis Achtfache gesteigert werden, bis eine eintretende Materialermüdung ihre Funktion zerstört«. Kugellager seien so ausgelegt, »dass sie eine im voraus bestimmte Betriebsstundenzahl nicht überschritten«. Gemessen am gleichen Ausmaß der Bedürfnisbefriedigung werden mit der Verlängerung der Lebensdauer von Gebrauchsgütern weniger Produkte benötigt. Es entstehen also riesige Einsparpotenziale an materiellen und finanziellen Ressourcen.

Eine dritte Quelle von massiver Verschwendung fällt mit der Produktion von Gütern (z. B. von Autos) an, insofern deren Kauf infolge herrschender gesellschaftlicher Rahmenbedingungen nahe liegt, obwohl gesamtgesellschaftlich andere, kostengünstigere Systeme zur Gewährleistung des einschlägigen Erfordernis (hier: der Mobilität) möglich wären. Nach 1945 wurden in Deutschland 200 000 Kilometer neue Straßen gebaut, zugleich aber 15 000 Kilometer Schienennetz abgebaut. Die Verkehrspolitik war von der Automobilbranche, der Mineralölindustrie, der Straßenverkehrs- und Luftfahrtwirtschaft bestimmt. Mit der Produktion der einschlägigen Produkte lässt sich mehr Profit machen als mit der Bereitstellung eines gesamtgesellschaftlich weit kostengünstigeren Verbundsystems von öffentlichen Verkehrsmitteln, öffentlich subventionierten (Sammel-)Taxis, Car-sharing usw. (Eine ganz eigene Verschwendung besteht darin, den endlichen und kostbaren Rohstoff Erdöl ausgerechnet in Autobenzin umzuwandeln.) […]

Falsch gebundener Reichtum

Insgesamt stellt sich heraus, dass es nicht an Reichtum fehlt, um bestimmte Zwecke (Bildung, Gesundheit usw.) zu finanzieren. Vielmehr ist problematisch, auf welche Güter und auf welche Arbeiten und Dienste der Reichtum verausgabt wird.

Wer der gegenwärtigen Umstrukturierung der Sozialleistungen und öffentlichen Ausgaben lediglich mit Forderungen nach Umverteilung entgegentritt, wagt sich nicht an die Inhalte der Arbeiten und Dienstleistungen heran, die in der herrschenden Ökonomie gang und gäbe sind. Man verfällt somit der durch Bruttosozialprodukt, Bruttoinlandsprodukt und ähnliche Kennziffern verkürzten Darstellung des gesellschaftlichen Reichtums. Wer sich an solchen Kennziffern orientiert, unterliegt schon einer für die herrschende Ökonomie charakteristischen Abstraktion von dem, was die Produkte, die Arbeiten und Dienstleistungen für die Menschen sind. Das Bruttosozialprodukt erhöht sich auch, wenn es mehr Autounfälle, also mehr Reparaturen der Körper und Fahrzeuge gibt.

Wer nur gegen Kürzungen protestiert, ist oft wehrlos gegen das Argument, die Ökonomie müsse heute und morgen durch einige Opfer in Fahrt gebracht werden, damit dann auch übermorgen wieder jene Zwecke bedient werden können, an denen gegenwärtig zu sparen sei.

Erst wer sich von der tatsachenwidrigen Vorstellung verabschiedet, die herrschende Wirtschaft sei eine zwar vielleicht ungerechte, aber effiziente und effektive Angelegenheit, muss beim Sparen nicht allein an außerökonomische Belange denken, sondern kann fragen, wie wir uns viele Arbeiten, Produkte und Dienste sparen können, um Reichtum aus dieser Fehlverwendung freizubekommen für Zwecke, die heute eher vernachlässigt werden. Erst wer sich klarmacht, wie viel Reichtum in der gegenwärtigen Ökonomie falsch gebunden existiert, wird die weit verbreiteten Argumente für »das Sparen« durchkreuzen können.

Die gegenwärtige Koexistenz von Sparzwang und Verschwendung lässt sich nicht durch punktuelle Eingriffe kurieren. Vielmehr stellt sich die Frage nach einer Wirtschaftsweise, zu deren notwendigen Bedingungen nicht die Rücksichtslosigkeit gegen die Menschen und ihre natürlichen Lebensbedingungen und die massenhafte Existenz von unnützen, aber profitablen Arbeiten und Dienstleistungen gehören.

Meinhardt Creydt

(Gekürzt aus SoZ, Januar 2004)

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · D-50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97
redaktion@soz-plus.de · www.soz-plus.de

Ich bestelle eine

- ❑ kostenlose **Probeausgabe**
- ❑ **Probeabo** (4 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein
  (keine automatische Verlängerung)

Name **Anschrift**

Ausschneiden und einsenden an: SoZ, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln

Was will die SoZ?

Die *Sozialistische Zeitung* (SoZ) setzt sich zum Ziel, publizistisch dazu beizutragen, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes und verächtliches Wesen ist.

Sie versteht sich deshalb als Teil der emanzipatorischen Bewegungen, deren Ziel die Befreiung der Menschen von Unterdrückung, Ausbeutung, Entfremdung und Gewalt ist.

Der Kampf für umfassende Emanzipation kann nur erfolgreich sein, wenn die unterdrückten und entfremdeten Menschen sich für ihre eigenen Interessen und gegen Unterdrückung und Erniedrigung selbst engagieren. Deshalb verteidigt die SoZ demokratische Ansprüche individueller wie kollektiver Art und bekämpft alle Formen ausgrenzender Diskriminierung (Chauvinismus, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus usw.) in der bürgerlichen Gesellschaft wie auch innerhalb linker Organisationsformen.

Der Kampf für umfassende Emanzipation in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wird nicht zuletzt entlang des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital geführt. Deshalb versteht sich die SoZ als grundsätzliche Gegnerin der weltweit vorherrschenden kapitalistischen Gesellschaft und ergreift Partei für die gegen Profitstreben und Konkurrenzkampf streitenden abhängig Beschäftigten.

Es gibt Widersprüche, die nicht auf den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital zu reduzieren sind – die Geschlechterfrage und die Ökologiefrage bspw. oder die Missachtung demokratischer Rechte von besonders unterdrückten und benachteiligten Bevölkerungsteilen. Deren praktische und theoretische Bearbeitung erfordert eigenständige Mittel. Ihre besondere Ausformulierung erfahren diese Widersprüche durch die bürgerliche Gesellschaft und den sie zentral durchziehenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Es bedarf deswegen einer neuen, sich nicht selbst herstellenden Einheit in der Vielfalt, eines neuen Bündnisses von demokratischen und sozialistischen Kämpfen.

Da der Kampf um umfassende Emanzipation ein internationaler ist und letzten Endes auch nur dann erfolgreich sein kann, wenn er als internationalistischer weltweit geführt wird, versteht die SoZ die Förderung internationaler Solidarität und internationaler Zusammenarbeit als eine besondere Aufgabe der Zeitung.

Notwendig ist eine sozialistische Gesellschaft. Ihre ökonomische Grundlage kann nur sein: eine demokratisch geplante, selbstverwaltete Wirtschaft, die sich vor allem an den Bedürfnissen der Menschen orientiert – anstatt am Profit der Unternehmer und Banker oder den Privilegien der Bürokraten. Ihre politische Grundlage kann nur sein: Die Verwirklichung der breitesten Demokratie, die Selbstbestimmung der Produzenten und die Selbstorganisation all derer, die einer besonderen Form der Unterdrückung unterliegen. Ziel muss also eine Gesellschaft sein, die im Gegensatz zur bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft und zu den ehemaligen bürokratischen Regimen (in der Ex-DDR, der ExUdSSR, in China usw.) steht. Sozialistische Demokratie kann sich nur da entwickeln, wo individuelle Rechte garantiert und erweitert werden, wo sich politische, soziale und kulturelle Demokratie entwickeln kann, ohne auf Grenzen von Macht und Herrschaft zu stoßen.

Eine solche Gesellschaft von morgen wird in den Kämpfen von heute aufgebaut. Die SoZ als eine von Parteien unabhängige Zeitschrift tritt in diesen Kämpfen für die Einheit der sozialistischen Kräfte und für den Aufbau einer organisierten Gegenmacht ein, die uneingeschränkt für diese Ziele steht.

Auszug aus dem Redaktionsstatut der SoZ